

Frühsozialismus trifft Spätkapitalismus – zwölf Thesen

I. Vorbemerkung:

Das Programm des Colloquiums *Frühsozialismus trifft Spätkapitalismus*¹ nimmt Robert Owens *Bericht an die Grafschaft Lanark* zum Ausgangspunkt. Dieses Manifest vom 1. Mai 1820 ist in Reaktion auf die erste industrielle Revolution als *radikales gesellschaftspolitisches Reformprogramm in einer tiefgreifenden historischen Übergangsphase* formuliert worden. Es hat *eine emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus der industriellen Revolution* entworfen. Auf dem Colloquium soll *die vielfältige historische Wirkung Owens und der owenitischen Bewegung in ihrer Breite auf die sozialistischen und anderen soziale Bewegungen und Theorien sowie die Aktualität seiner Impulse für die heutige historische Übergangsphase* diskutiert werden.

Dass das Colloquium von diesem Verständnis ausgehend unter den Titel *Frühsozialismus trifft Spätkapitalismus* gestellt wird, hat auf mich eine geradezu elektrisierende Wirkung ausgeübt. Die Frage nach der möglichen Aktualität damaliger Impulse im Hinblick auf Herausforderungen, die in unserer Gegenwart unter der Formel einer ökosozialen Transformation diskutiert werden – und damit die Ausgangshypothese, dass es aus den Anfängen, und damit dann auch den Traditionen einer sozialen Linken – im Sinne von Richard Sennets Unterscheidung von sozialer und politischer Linker (Sennett 2014,61ff) – heute bedeutsame Impulse geben könne, halte ich in vielerlei Hinsicht für weiterführend. In Stichworten:

- Als wir im *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA) vor neun Jahren aus Anlass von Weltfinanz- und drohender Weltwirtschaftskrise dazu aufgefordert haben, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken (Martens/Scholz 2011), haben wir zwar die Bedeutung genossenschaftlicher Traditionen erwähnt; aber das war letztlich nicht viel mehr als eine Pflichtübung.
- Ich selbst bin zwar bei meinem damaligen Nachdenken über eine *Neue Wirtschaftsdemokratie* (Martens 2010) ganz punktuell auf frühsozialistische Ansätze gestoßen – über den Umweg einer intensiven Auseinandersetzung mit Hannah Arendts *Über die Revolution* (Arendt 1974) und von da aus weiter mit dem radikaldemokratischen Denken von Thomas Jefferson sowie einer weitergehenden Beschäftigung damit über Ekkehard Krippendorf (2001) – aber ich habe das im Hinblick auf seinen frühsozialistischen Kontext nicht wirklich vertieft.
- Auch auf eine schon länger zurückliegende intensivere Auseinandersetzung mit genossenschaftlichen Traditionen und Neuansätzen in Westeuropa (Martens 1985) bin ich nicht wieder zurückgekommen. Zu ihr war ich um die Mitte der 1980er Jahre im Zuge einer Untersuchung zur Praxis nach dem MitbestG

¹ *Frühsozialismus trifft Spätkapitalismus. Solidarische Gesellschaft und solidarische Ökonomie. Das Erbe Robert Owens – Ein Colloquium* aus Anlass des 80. Geburtstages von Michael Vester, Berlin, 29./30. April 2020

,76 über die Beschäftigung mit einzelnen Versuchen einer Betriebsübernahme durch Belegschaftsinitiativen veranlasst worden

- In einer Reihe von wichtigen Punkten haben wir, oder jedenfalls etliche von uns im FNPA, uns also um 21010 herum in unserem Denken noch mehr oder weniger stark in Traditionslinien hegelmарxistischer Orthodoxien bewegt. Das gilt zum Beispiel für die Klassenfrage und die Orientierung auf die Erwartung, dass soziale Konflikte neu aufbrechen – und dann eher in den klassischen Organisationsformen ‚verarbeitet‘ werden müssten usw.
- Der These, dass man den „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ von Marx und Engels als eine von vielen Formen sozialistischen und kommunistischen Denkens im 19. Jahrhundert ansehen müsste, dem die anderen weder als utopisch noch unwissenschaftlich gegenübergestellt werden dürfen (Brie 2017), hätten manche von uns damals sicherlich schon zugestimmt. Wir haben sie aber noch nicht systematisch reflektiert.
- Auch andere spätere Traditionslinien, etwa die anarchosyndikalistische, spielten für uns seinerzeit kaum eine Rolle. Und ebenso gilt vermutlich auch für unser Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft, Philosophie und Politik, dass wir noch nicht grundsätzlich genug durchdacht hatten, dass jeder Versuch einer wissenschaftlichen Begründung politischer Programmatik Grenzen haben muss, der Sozialismus also nie so, wie Friedrich Engels damals formuliert und für die zu seiner Zeit entstehende marxistische Orthodoxie suggeriert hat, von der Utopie zur Wissenschaft hat fortschreiten können. Trotz intensiver Rezeption von Frieder O. Wolfs *Radikale(r) Philosophie* (Wolf 2002) war jedenfalls mein systematisches Nachdenken darüber noch nicht allzu weit vorangekommen.

Ich selbst habe mich dann im letzten Jahrzehnt zunehmend dazu veranlasst gesehen, die philosophische Basis meiner eigenen langjährigen arbeitsforscherischen und –politischen Praxis im Hinblick auf die mit diesen Spiegelstrichen angedeuteten ‚Leerstellen‘ grundlegend zu überprüfen. Nicht zuletzt gaben mir dazu Auseinandersetzungen mit Mitgliedern meiner alten Forschungsgruppe am früheren Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund wichtige Impulse. Ein neuerlicher Durchgang durch wichtige frühe Beiträge zum Scheitern der Marxorthodoxien und der russischen Revolution als der *enttäuschten Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, so sinngemäß Arendt in ihrem Denktagebuch, entlang ihres Denkens aber auch dessen von Albert Camus, Michel Foucault, oder ganz anders von Cornelius Castoriadis wurde für mich unumgänglich (Martens 2020a). Schließlich bin ich so über unsere FNPA-Debatten mit Schweizer Sozialdemokraten (FNPA 2018, Martens 2019), sowie zuletzt eine intensive Auseinandersetzung mit und Beteiligung an Arbeiten einer Gruppe Siegener Sozialwissenschaftler unter dem Titel *Wirtschaft demokratisch* (Bergmann u.a. 2019) mit meinem jüngsten Buch *Arbeit und Demokratie* und meinen Thesen zum Verhältnis von *Wissenschaft, Philosophie und Politik* (Martens 2020 a u. b) exakt an einem Punkt angelangt, an dem ich für die Themenstellung des Colloquiums am 29./30.04. 2020 kaum noch stärker hätte sensibilisiert sein können.

Die nachfolgenden Thesen – geschrieben im Zuge meiner Vorbereitung auf das Kolloquium, für das ich ein kurzes Statement zur Renaissance solidarisch-genossenschaftlicher Praxis heute zugesagt habe - sind das Ergebnis dieser Sensibilisierung. Ich konnte dazu auf diverse Vorbereitungstexte für das Colloquium zurückgreifen. Auch sah ich mich nun veranlasst, eine wichtige einschlägige Arbeit (Vester 1970), mit der ich mich während meines Studiums in Hannover nur eher oberflächlich beschäftigt habe - jedenfalls weniger als später mit E.P. Thompsons *Elend der Theorie* – nunmehr von Neuem sorgfältig zu rezipieren. Ich denke, die nachfolgenden Thesen zeigen, dass mein Blick auf die Herausforderungen, denen sich unsere Moderne angesichts wieder einmal tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche gegenüber sieht, und auf die nicht allein aber auch nicht zuletzt eine *neue Politik der Arbeit* Antworten finden muss, nun nochmals weiter geschärft worden ist.

II. Thesen

1. Die großen bürgerlichen Revolutionen des 18. und der Frühsozialismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurzeln beide im Denken der europäischen Aufklärung.

Ebenso wie die Vorstellungen einer nachfeudalen, bürgerlichen Gesellschaft wurzeln auch die einer weiterführenden sozialistischen Entwicklung grundlegend in jener *neuen Ordnung der Dinge*, (Foucault 1971) die sich erstmals im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und der Französischen Revolution machtvoll gesellschaftspolitisch geltend gemacht hat. Deren Grundlage aber ist eine seit der Renaissance entscheidend fortgeschrittene Natur- und Welterkenntnis. Sie hat die alte, vermeintlich gottgewollte Ordnung der Dinge aus den Angeln gehoben.

Kommentar:

Für Robert Owen waren die tiefgreifenden Umbrüche seiner Zeit, die mit amerikanischer Unabhängigkeit, französischer Revolution und industrieller Revolution in Großbritannien die heraufziehende Moderne kennzeichneten, die Herausforderung dazu, für eine nun ‚bodenlose‘ und ‚orientierungslose‘ Moderne neue Fundamente zu schaffen. Zu überwinden waren dazu aus seiner Sicht - vor dem Hintergrund seiner praktischen Erfahrungen mit seinem Reformprojekt New Lanark - (1) das private oder individuelle Eigentum, (2) die absurden irrationalen Systeme der Religion und (3) die Ehe, begründet auf dem individuellen Eigentum. Die grundlegenden Veränderungen im Denken unserer Moderne vorausgesetzt, die die wichtigsten Köpfe der *Philosophenfraktion* der Französischen Aufklärung um die Mitte des 18. Jahrhunderts herum wohl am prägnantesten herausgearbeitet hatten, haben sich seither zu verschiedenen Zeiten immer wieder neue Möglichkeitsräume geöffnet. Die Bedingungen mögen unterschiedlich, jeweils mehr oder weniger günstig gewesen sein, und zu Zeiten der frühen englischen Arbeiterbewegung sind *die äußeren Mittel* für eine Transformation im Sinne der Owenisten wohl noch *nicht in zureichendem Maße* gegeben gewesen, *entwickelte Formen der Produktion und Distribution* mögen gefehlt haben (Vester

1970). Bestimmte Voraussetzungen, die unabdingbar waren, wenn man Erfolge erlangen wollte, waren jedoch im Ergebnis des Denkens der europäischen Aufklärung vorhanden - etwa die Möglichkeit, eine radikale Herrschaftskritik gegen eine vermeintlich göttlich gesetzte Herrschaftlichkeit, und jenseitige ‚Herrlichkeit‘, auf Grundlage einer fortgeschrittenen Natur- und Welterkenntnis überhaupt denken zu können, ein gewisser Schub gesellschaftlicher Reichtumsproduktion, die Konturierung neuer allgemeiner Zielvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung usw. Die owenitisch inspirierte Bewegung erreichte jedenfalls *Bedeutendes und langfristig Wirkendes in der Entwicklung ihrer Kommunikationsformen und Inhalte* (a. a. 0.): Dass die owenitischen Frühsozialisten in ihrer radikalen Herrschaftskritik weiter gingen, etwa in Bezug auf die Geschlechterfrage, als die spätere marxistisch geprägte Arbeiterbewegung (Brie 2017), und dass die frühe englische Arbeiterbewegung *die große utopische Alternative viel deutlicher erkannte, als später, als sich ihre Organisationen bürokratisierten und als sekundäre Teilhaber des wirtschaftlichen Wachstums von der herrschenden Ordnung anerkannt wurden* (Vester 1970), sollte aus heutiger Sicht nicht übersehen werden.

Von den theoretisch-philosophisch begründeten Schlussfolgerungen her, zu denen ich im Zuge meiner eigenen Arbeiten der letzten Jahre gelangt bin (Martens 2020a), lautet die entscheidende Botschaft der Überschrift zu dem Colloquium *Frühsozialismus trifft Spätkapitalismus* deshalb: Man kann radikale gesellschaftliche Reformen programmatisch entwerfen und beharrlich schrittweise umzusetzen versuchen, auch wenn dazu nach orthodox-marxistischen Auffassungen die Zeit noch nicht reif ist. Man kann und muss sie dazu allerdings, so wie das die Frühsozialisten getan haben, unter den vorgefundenen Bedingungen der jeweiligen eigenen Zeit ins Auge fassen. Robert Owen, der vom ökonomisch und sozialpolitisch fortschrittlichen Manager zum Frühsozialisten wurde, war in diesem Sinne für die jungen Karl Marx und Friedrich Engels vorbildlich – auch deshalb, weil er im Blick hatte, dass die Steigerung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion im Ergebnis der ersten industriellen Revolution die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Transformation schaffen konnten (Brie 2015). Man kann mit grundlegend herrschaftskritischen Reformvorstellungen scheitern, weil die bestehenden Herrschaftsverhältnisse noch allzu gefestigt sind. Aber man kann wiederum neu ansetzen. Dazu bedarf es dann immer wieder der angemessenen Analyse jeweiliger konkreter Bedingungen (arbeits)politischen Handelns, der konkreten Analyse einer konkreten Situation (Wolf 2019).

2. Robert Owen ist vor allem Praktiker, entwickelt aber auch ein bemerkenswertes theoretisches Gesellschaftskonzept. Die Entgegensetzung von *utopischem* und späterem *wissenschaftlichem* Sozialismus ist schon aus diesem Grunde fragwürdig.

Die frühsozialistischen Ideen Robert Owens erwachsen aus seinen Erfahrungen mit seinem patriarchal-philanthropisch geprägten praktischen Reformprojekt New Lanark, mit dem er den revolutionären Umbrüchen seiner Zeit Rechnung zu tragen sucht. Die später so genannten *utopischen Sozialisten* sind *community makers*, weil

sie praktisch an die Erfahrungen aus diesem frühen Reformprojekt anknüpfen – und aufgrund der spezifischen englischen Geschichte auch Chancen für dieses Vorgehen sehen – zunächst in England, dann in der jungen amerikanischen Republik. Robert Owen mag angesichts der sehr spezifischen Bedingungen, die er in New Lanark vorgefunden hat, vorschnell verallgemeinernde Schlüsse gezogen haben. Er entwickelt aus seinen praktischen Erfahrungen heraus aber doch ein bemerkenswertes frühes gesellschaftstheoretisches Konzept, von dem her er die naturwüchsige frühkapitalistische Entwicklung scharf kritisiert.

Kommentar:

Folgt man der Argumentation aus These 1, geht es darum, dass es mit den tiefgreifenden Umbrüchen unserer seit der Französischen Aufklärung heraufziehenden Moderne und der mit politischer und industrieller Revolution herbeigeführten tiefgreifenden Umwälzungen, die sich seither stetig fortgesetzt haben und weiter fortsetzen, immer wieder Ansatzpunkte gegeben hat, sozialistische Vorstellungen praktisch werden zu lassen.

Owen und die Oweniten verfolgten ein Reformprojekt, bei dem sie auf positive Beispiele des *community making* setzten. Sie zielten so auf graduell-kontinuierliche Veränderungen. Sie sollten von jenen *Einsichtigen aller Klassen* vorangetrieben werden, die schon über die erforderliche *kritische Rationalität* verfügten. Das war ähnlich wie Georg Wilhelm Friedrich Hegels *allgemeiner Stand* gedacht – und angesichts der Erfahrungen der englischen Geschichte seit der Revolution des 17. Jahrhunderts auch nicht einfach illusionär. Eine Rolle spielte freilich auch die Fortschrittsidee der Aufklärung. So spricht Owen von der *einfache(n) Absicht der Natur, einen immerwährenden Fortschritt der Wissenschaft und des menschlichen Glücks zu gewährleisten*. Auch die frühe englische Arbeiterbewegung wurde, beflügelt nicht zuletzt vom Denken der Aufklärung und dem Schub der Französischen Revolution, zur politischen Klassenbewegung der Chartisten. Mit ihrem politischen Scheitern legte sie die Grundlage *einer neuen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung* der Facharbeiterschaft der folgenden Generation, die *stabiler organisiert und mehr zum Frieden mit dem Kapital geneigt* war (Vester 1970). Das politische Scheitern an der Machtfrage und die veränderten Bedingungen nach dem europäischen Revolutionsjahr 1848 führten dann mit dem Marxismus zu einer Orientierung auf die nun vom Kapitalismus selbst erzeugten Revolutionsbedingungen.

Hatten die Frühsozialisten zu ihrer Zeit vor allem auf den dezentralen Aufbau genossenschaftlicher Alternativen gesetzt, ging es der späteren, marxistisch geprägten Arbeiterbewegung vor allem um die Entfaltung zentralisierter Macht. Nach den Niederlagen im Revolutionsjahr 1848, die ja zumeist in noch vordemokratischen Gesellschaften erlitten worden sind, war die Arbeiterbewegung nun eher blanquistisch auf die Eroberung der zentralen staatlichen Macht orientiert. Praktische Ansätze zu Alternativen, wie die Produktionsgenossenschaften der Frühsozialisten, wurden auch weiterhin immer wieder verfolgt. Doch erschienen sie strategisch als zunehmend weniger bedeutsam. Der Blick war auf durchgreifende gesamtgesellschaftliche Verände-

rungen gerichtet. Zugleich wurden ökonomisch Vorstellungen zentraler Planung vor dem Hintergrund der neuen ökonomischen Analysen wichtig, die Marx wissenschaftlich ausgearbeitet hatte. Relativ abstrakt wurden sie dem als krisenhaft erkannten Marktgeschehen gegenübergestellt. Marxens ‚freie Assoziation der Produzenten‘ geriet zu einem noch abstrakteren Gegenbild. Für den *wissenschaftlichen Sozialismus* galt das Utopieverbot. Zugleich sah man sich mit dem vorgezeichneten Gang der Geschichte verbündet. Ein *prophetischer Marxismus* (Camus 2016) konnte entstehen.

Die in These 1 formulierte Überlegung, dass konkrete praktische Handlungsansätze im Zeichen der *neuen Ordnung der Dinge* immer wieder versucht worden und möglich gewesen sind und ihnen ein hoher Stellenwert zukommt, wendet sich gegen jegliche, etwa dialektisch konzipierte Geschichtsmetaphysik, die man in den theoretischen Debatten der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung in stärkeren oder schwächeren Varianten finden kann – auch schon bei Owen und den Oweniten. Doch das Denken einer mit Notwendigkeit waltenden objektiven Dialektik kennzeichnet erst das Denken der späteren marxistischen Orthodoxie – auf Grundlage der Hegelschen Philosophie, unbeschadet des Anspruchs ihrer materialistischen Umkehrung.

Sicherlich verändert der durch die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation beförderte wissenschaftlich-technische Erkenntnisfortschritt, dank dessen sich immer mehr machen lässt, die Gesellschaft grundlegend. Und sicherlich setzt eine demokratische Gesellschaft, in der alle ihre Mitglieder die gleiche Freiheit leben können sollen, ein hohes Maß an Reichtumsproduktion voraus, damit alle in einem hinreichenden Maße vom Zwang an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit frei sein können. Owenitische Handlungsansätze - Brie (2015) schreibt von 130 dokumentierten Gemeinschaftsprojekten, die damals in den USA von Owens eigenem Projekt *New Harmony* inspiriert worden sein dürften, so etwa die utopische Gemeindegründung *Nashoba* 1824 (Krippendorf 2001) - machen auch deshalb die Erfahrung ihrer Grenzen, weil eine solche Entwicklung zu ihrer Zeit erst in ihren, allerdings schon sehr dynamischen Anfängen begriffen ist.. In jedem Fall aber stehen die Menschen immer wieder, also auch heute, vor der *Herausforderung*, eine solche solidarische Gesellschaft politisch zu gestalten. Keine noch so sehr wachsende Reichtumsproduktion bringt sie sozusagen aus sich heraus einfach mit sich. Es geht daher auch heute wieder um politisch zu gestaltende Transformationsprozesse – ganz im Sinne von Peter von Oertzens ‚neuem Reformismus‘ (Oertzen 1984) - und nicht, wie z.B. Paul Mason (2016) zumindest nahelegt, um eine Transition, also einen Übergang, der sich gleichsam aus so etwas wie objektivierten Prozessstrukturen oder Entwicklungslogiken heraus vollziehen soll und vermeintlich auch wird, der also wesentlich als ein durch den weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt forcierter Prozess erscheint. Selbstverständlich spricht auch Mason von der Notwendigkeit politischen Handelns, doch darauf fokussiert seine Analyse nicht. Den Kern seiner Argumentation bildet der versuchte Nachweis einer Autologik gesellschaftlicher Prozessstruktu-

ren. In der Tradition marxistischen Denkens ginge es dann um den dialektischen Umschlagspunkt.

3. Der mit der ersten Internationale unternommene Versuch, einen nunmehr *wissenschaftlichen Sozialismus* von einem früheren *utopischen* abzusetzen war eng dem Zeitgeist des 19. Jahrhunderts verbunden, in dem ein neues, durch die unübersehbaren wissenschaftlich-technischen Fortschritte befördertes naturwissenschaftliches Weltbild an die Stelle älterer religiöser Weltbilder getreten ist

Die führenden Theoretiker der marxistischen Arbeiterbewegung waren bestrebt, sich, dem durch die Fortschritte der Naturwissenschaften geprägten Zeitgeist folgend, als Repräsentanten eines *wissenschaftlichen Sozialismus* vom *utopischen Sozialismus* abzusetzen. Aber wissenschaftlich weiter fortgeschritten war allein ihre Analyse der Prozessstrukturen jener Gesellschaften, die durch eine kapitalistische Ökonomie geprägt und in ihrer weiteren Entwicklung dynamisch vorangetrieben wurden. Ihre wissenschaftlichen Analysen zielten auf den Nachweis der Grenzen dieser Dynamik. Verknüpft mit der vermeintlich vom Kopf auf die Füße gestellten Hegelschen Dialektik war ihr wissenschaftlicher Sozialismus so nicht frei von geschichtsmetaphysischen Momenten. Cornelius Castoriadis hat in den Debatten um die Krise des Marxismus in den 1970er Jahren zu Recht darauf hingewiesen, dass das so auf die Füße gestellte Tier immer noch das gleiche geblieben. Folgerichtig argumentiert er, man hätte ihm den Kopf abschlagen müssen (Castoriadis 1984, Martens 2020).

Kommentar:

Im Ergebnis entwickelte sich so statt einer zunehmend wissenschaftlich besser fundierten kritischen gesellschaftspolitischen Praxis gegenüber den herrschenden Verhältnissen – in den ‚fortgeschrittenen‘ westlichen Gesellschaften geprägt durch die zweite industrielle Revolution – ein *prophetischer Marxismus* – oder wie Vester am Schluss seiner Untersuchung schreibt, *die Erwartung einer gleichsam automatischen, nicht durch aktive Praxis vermittelten Heraufkunft der Revolution*. Walter Benjamin hat in der Fortschrittsgläubigkeit der marxistischen Arbeiterbewegung zu Recht eine seiner größten Schwächen gesehen. Albert Camus (2016) spricht 1951 in seinem Rückblick auf das Scheitern des Spartakusaufstandes in Deutschland vom *Scheitern der Prophezeiung* und zitiert Karl Liebknecht mit dem Satz: *die Zeit war nicht erfüllt*, um dann mit einem weiteren Zitat seine These zu belegen, dass *eine Niederlage den besiegten Glauben bis zur religiösen Verzückung aufpeitschen* könne. Das Zitat lautet. *Beim Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, dessen Grollen sich schon nähert, werden die eingeschlafenen Truppen der Proletarier aufwachen, wie beim Fanfarenton des Jüngsten Gerichts, und die Leichname der umgebrachten Kämpfer werden aufstehen und Rechenschaft verlangen von den Fluchbeladenen*. Hannah Arendt (2003) spricht zur gleichen Zeit in ihrem Denktagebuch vom Scheitern der russischen Revolution als dem Scheitern *der Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, und wirft dem Marxismus vor, nicht über einen existenziellen

Begriff menschlicher Freiheit verfügt zu haben. Urs Marti-Brander (2018) hat allerdings in jüngster Zeit Karl Marx selbst gegen diese Kritik – zu dem Arendt auch Marx selbst gegenüber im Ergebnis des Versuchs einer Ehrenrettung für ihn gelangt ist – überzeugend verteidigt.

4. Anders als von der Begriffswahl der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung suggeriert, gibt es weder einen wissenschaftlich hinreichend zu begründenden Entwurf einer sozialistischen Gesellschaft, noch einen im Sinne der hegelschen Dialektik gerichteten historischen Prozess.

Zukunft ist, entgegen solchen für die marxistisch geprägte Arbeiterbewegung kennzeichnenden Annahmen, stets offen und deshalb politisch zu gestalten. Es gibt dafür keine ‚Königswege‘. Aber sie ist auf Grundlage wissenschaftlich fundierter Kenntnisse der im vorausgegangenen, wesentlich ‚naturwüchsigen‘ gesellschaftlichen Prozess konstituierten Bedingungen politisch zu gestalten. Für einen solchen Prozess, der auf die Herausforderungen von Risiken und Chancen bisheriger Entwicklung bessere gesellschaftspolitische Antworten ermöglichen könnte – auch solche, die man heute im Sinne einer großen Transformation konzipieren und verstehen kann – gibt es deshalb keinen ‚Königsweg‘, der wissenschaftlich zu begründen wäre. Politische Entscheidungsprozesse, um die es hier geht, müssen vielmehr immer unter der Bedingung unvollständiger Information vollzogen werden und sind immer ein Wagnis.

Kommentar:

Dies also wäre festzuhalten: Es geht in jedem Fall um soziale und politische Transformationsprozesse, für die weder die frühsozialistischen Oweniten noch die spätere marxistische Arbeiterbewegung einen Königsweg gefunden haben. Und ein solcher ist auch keinesfalls wissenschaftlich zu begründen. Das heißt selbstverständlich nicht, dass kluge Politik den jeweils erreichten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse ignorieren darf. Sie wird ihn im Gegenteil nutzen müssen. Das galt in der jüngeren Vergangenheit für eine (Arbeits)Politik, die auf eine menschengerechte Arbeitsgestaltung zielte. – und es wäre hier heute von Neuem dringend gefordert (Georg u.a. 2020) -; und das ist heute angesichts der sich zunehmend klarer abzeichnenden ökologischen Krisenentwicklungen ganz offenkundig unerlässlich. Eine Bewegung wie Friday for Future fordert vom herrschenden Politikbetrieb mit vollem Recht, im Blick auf eine drohende Klimakatastrophe endlich den Stand wissenschaftlicher Forschung zur Kenntnis zu nehmen.

Politisch geht es dann heute, ebenso wie schon bei den Frühsozialisten und auch zu Zeiten der Revolutionen am Ende des ersten Weltkrieges um eine radikale Herrschaftskritik (Wolf 2002). Sie war und ist wieder der Kern der politischen Kämpfe. Dazu werden und wurden auf dem Stand gesellschaftlich verfügbaren Wissens jeweils Schlüsse gezogen. So ging es den Oweniten zu ihrer Zeit nicht nur um eine Kritik des Kapitalismus, wie er sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Ergebnis der ersten industriellen Revolution gerade zu entfalten begonnen hat. Es ging ihnen zugleich auch schon um eine Kritik des herrschaftlichen Geschlechterverhältnisses, das

mindestens seit dem zweiten vorchristlichen Jahrtausend alle menschlichen Hochkulturen geprägt hat. Heute geht es darüber hinaus, mehr denn je, auch um unser zutiefst herrschaftlich geprägtes Naturverhältnis. Denn seit der Fortschritt unserer Naturwissenschaften aus ihnen ‚Universalwissenschaften‘ gemacht hat – so eine Formulierung Hannah Arendts in *Vita activa* und auch in ihrem Denktagebuch - sind die daraus erwachsenen Chancen aber eben auch Risiken gleichermaßen kritisch zu prüfen.

Ein blinder Fortschrittsglaube - wie er, eng mit den Erfolgen der Naturwissenschaften verknüpft, im 19. Jahrhundert entstand, als die das Erbe der Religion angetreten haben – muss angesichts der Herausforderungen unserer Zeit dringlich einer demokratischen Handhabung und Gestaltung jedes weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritts weichen. Es ist nicht zuletzt die Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit aus dem Geist der Zeit des Aufstiegs der Naturwissenschaften um die Mitte des 19. Jahrhunderts heraus, die bewirkt hat, dass Marx und Engels meinten, ihre Untersuchungen zur Analyse und Überwindung kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse als Fortschritt des Sozialismus *von der Utopie zur Wissenschaft* bezeichnen zu können.

5. Der sogenannte utopische Sozialismus Robert Owens hat aus den Erfahrungen der vorausgegangenen praktischen Reformprojekte, und einem darin als bestätigt angesehenen Menschenbild heraus mit seinem *community making* relativ weitgehende herrschaftskritischen Konzepte verfolgt. Folgerichtig kam darin dem Demokratieproblem große Bedeutung zu.

Robert Owen begann als Manager von New Lanark als ein Reformers, der paternalistische und kooperative Ansätze innovativ miteinander verbunden hat. Er hat als Manager die Formung der Individuen durch die Umstände und die Veränderung der Umstände als Bedingung einer *vorteilhaften Veränderung in der Bevölkerung* (in New Lanark) *unter* (seiner) *Obhut erreicht* – so seine Formulierung in einer Rede vor dem US-amerikanischen Repräsentantenhaus 1825. In Teilen ist sie späteren marxistischen Formulierungen durchaus ähnlich. Für den Visionär und Experimentator wurden dann demokratische Überlegungen zunehmend wichtiger. Als *community makers* konnten die Owenisten überhaupt nicht anders, als der der Frage der demokratischen Gestaltung alternativer Arbeits- und Lebensformen größtes Gewicht beizumessen.

Kommentar:

Friedrich Engels hat, bei aller Wertschätzung Owens einen seiner berechtigten Kritikpunkte in dessen zunächst paternalistischen Grundorientierung gefunden. Der klingt in dem obigen Zitat ja auch unüberhörbar an, ähnlich wie in manchen anderen Äußerungen von ihm. Der aus diesen frühen Reformprojekten heraus entstandene frühsozialistische Owenismus musste dann aber mit seinem Konzept des *community making* die Frage der Demokratie im Zusammenhang der Organisation der Koopera-

tion der Arbeitenden sehr konkret angehen – ebenso wie das der Bildung der Arbeitenden und ihrer Kinder. Er hat darüber hinaus auch Herrschaftsbeziehungen im Geschlechterverhältnis als Problem aufgeworfen. Die Fremdheit der Verhaltenszumutungen der ersten industriellen Revolution mag, wie Vester (1970) schreibt, zusätzlich erklären, *warum die Arbeiterbewegung in ihren frühen Anfängen die große utopische Alternative viel deutlicher erkannte als später, als sich ihre Organisationen bürokratisierten und als sekundäre Teilhaber des wirtschaftlichen Wachstums von der herrschenden Ordnung anerkannt wurden*. Die utopischen Konzepte der Frühsozialisten haben so in mehrfacher Hinsicht herrschaftskritisch über die vorgefundene Organisation der Wirtschaft hinausgewiesen, und sie haben die Demokratiefrage ganz praktisch aufwerfen müssen.

Die marxistisch geprägte Arbeiterbewegung hat dem hingegen das Demokratieproblem schwerlich hinreichend durchdacht. Der berechtigte Marxsche Hinweis darauf, dass die Umstände von den Menschen verändert werden müssen und dass sich die Frage nach der Erziehung der Erzieher stelle, so formuliert in der dritten Feuerbachthese, zielt zwar zu Recht auf das paternalistische Selbstverständnis des frühen Owen. Später aber hat Marx selbst die Demokratie wesentlich immer als eine ideologische Bemäntelung bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse behandelt. Jacques Rancière (2002) spricht völlig zu Recht davon, dass in der von ihm so bezeichneten Marxschen Meta-Politik *Demokratie als Vervollkommnung einer bestimmten Politik, das heißt Vervollkommnung ihrer Lüge* erscheine. Die *menschliche Emanzipation* als das *Wahre der freien Menschlichkeit* wird so aus seiner Sicht erst *jenseits der Grenzen der politischen Bürgerlichkeit* möglich. So werde *die Bewegung der Produktion und der Klassenkämpfe (...) die wahre Bewegung, die durch ihre Vollendung die Scheinbarkeit der politischen Bürgerlichkeit zugunsten der Wirklichkeit des produzierenden Menschen auflösen muss*. Theoretisch hat die marxistisch geprägte Arbeiterbewegung die Demokratiefrage nicht zuletzt auch aus diesem Grunde nie zureichend behandelt. Mit dem Marxismus-Leninismus der III. Internationale hat sie sie schließlich eliminiert.

Die Richtung, in der Lösungen der Probleme und Herausforderungen unserer Zeit zu suchen wären, verweisen demgegenüber auf eine radikale Demokratie, auf einzelne Teilschritte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unseres (Zusammen)Lebens und -Handelns, die uns der Demokratie als einer Lebensform näher bringen könnten. In unserer immer noch allzu fortschrittsgläubigen Zeit, die ihre Hoffnungen auf einen wissenschaftlich-technischen Fortschritt richtet, wäre es an der Zeit, dass wir uns bewusst machen, dass die Demokratie als Lebensform für eine wirkliche weiter fortschreitende Erschließung unserer menschlichen Möglichkeiten eine ganz entscheidende Herausforderung ist. Parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind ganz unzweifelhaft große Errungenschaften früherer Revolutionen. Doch mit ihnen ist im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Demokratie durchaus nicht das ‚Ende der Fahnenstange‘ erreicht. Es geht um eine stetig weiterführende Ausgestaltung unserer Demokratie als einer Art ‚unendlichen Aufgabe‘ (Heil/Hetzel 2006).

- 6. Die Herausforderung, vor der wir heute stehen, besteht darin, die Demokratie von einer Herrschaftsform – nach einem Wort Winston Churchills der besten aller schlechten Herrschaftsformen – zu einer Lebensform weiter zu entwickeln. Angesichts einer weiter fortschreitend globalisierten Ökonomie wirft das Fragen auf, für deren Beantwortung wiederum ein Blick zurück auf die auf die radikale Französische Aufklärung nützlich ist.**

Für eine solche Herausforderung haben wir heute, in einer Zeit, in der Zugehörige zu den ökonomischen Eliten, in Verfolgung der Verwertungsinteressen die abhängig Beschäftigten als selbständig unternehmerisch mitdenkende Arbeitnehmer, und zugleich Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft, ansehen und fordern, in den Staaten der von Arendt so bezeichneten *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* im Grunde bemerkenswert gute Voraussetzungen – trotz der multiplen Krisenprozesse der Zeit, die zunehmend bedrohlich erscheinen. Hingegen treffen wir an der Peripherie unserer im neoliberalen Geist globalisierten Welt heute einmal mehr auf fast frühkapitalistische Arbeits- und Lebensverhältnisse. Dass so in der Entwicklungshilfe, etwa unter dem Stichwort einer *Soziokratie* (Emmerich 2019) Konzepte gefordert und z.T. auch gefördert werden, die durchaus an frühsozialistische Ansätze erinnern, kann deshalb nicht überraschen. Von gewachsenen Potenzialen in den industriell weit fortgeschrittenen Staaten aber muss man auch dann sprechen, wenn man sagen kann, dass im Ergebnis des neoliberalen Rollbacks gegen die sozialstaatlich geprägten Nachkriegsdemokratien das *Ego im Spiel des Lebens* (Schirrmacher 2013) gezielt hervor getrieben und Bedingungen solidarischer *Zusammenarbeit* (Sennett 2014) geschwächt worden sind.

Kommentar:

Demokratie als Lebensform einer Gesellschaft, in der sich wirklich alle ihre Mitglieder als Freie und Gleiche begegnen, das wäre gegenüber solchen jüngeren Entwicklungstendenzen eine Gesellschaft, in der deren Wirtschaftsbürger*innen wirklich zu denkenden und *handelnden Wesen* geworden sind, um nochmals eine Arendtsche Formulierung zu bemühen. Im Blick auf die Sphären von Arbeit und Wirtschaft müsste man dann allerdings mit Arendt und zugleich gegen sie weiterdenken, denn die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft war für sie erklärtermaßen kein gesellschaftlicher Raum demokratischer Öffentlichkeit. Darauf ist in den folgenden Thesen noch näher einzugehen. Hier soll der Blick zunächst auf die supranationale Ebene und die Folgen der heute im neoliberalen Geist forcierten Globalisierung gerichtet werden. Das denkende und handelnde Anerkennen der jeweils Anderen müsste aber auch das Verhältnis zu anderen, sie umgebenden Gesellschaften bestimmen. Der Blick auf Elend der Welt außerhalb der Länder der Triade legt es an dieser Stelle nahe, noch einmal in anderer Perspektive auf die Ideen der radikalen Französischen Aufklärung zurückzugehen, die die führenden Köpfe ihrer *Philosophenfraktion* (Blom 2010) bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts formuliert haben.

Der Chevalier de Jancourt - engster Mitarbeiter des radikalen Französischen Aufklärers Denis Diderot bei dessen Herausgeberschaft der großen Enzyklopädie - hat darin in einem Artikel zum Stichwort *Patriotismus* geschrieben: *Der wahre Patriotismus gründet auf der Anerkennung der Menschenrechte gegenüber allen Völkern der Welt.* Und Diderot selbst hat 1768 in einem Brief an den Philosophen David Hume geschrieben, er finde, *Polyphem sei leichter zu entschuldigen, dass er die Gefährten des Odysseus verschlungen hat, als die Mehrzahl dieser kleinen Europäer, die nicht höher als fünfeinhalb Fuß sind und nicht mehr als zwei Augen haben, die sich in allem gleichen und nichtsdestoweniger einander auffressen.* Etwas später in den 1770er Jahren auf seiner Rückreise vom Hof Katharinas von Russland über das vom Kaufmannskapital geprägte Holland nach Paris hat er dann formuliert: *Der Kaufmann ist ein schlechter Patriot. Er lässt seine Mitbürger Hungers sterben, um einen Sou mehr zu verdienen.* Jedenfalls mit den beiden Zitaten zum Patriotismus sind ein Programm, und eine Realität beschrieben, denen wir uns heute angesichts multipler Krisenentwicklungen innerhalb der EU wie an ihren Grenzen immer noch gegenübersehen – aktuell im Übrigen in besonders erschreckenden und beunruhigenden Bildern. Es gibt nicht nur an Europas Grenzen, sondern auch innerhalb Europas, immer noch, oder schon wieder, militärische Konflikte, und nationalistisches Denken findet von Neuem bedenklichen Zulauf.

Die Überlegungen der Enzyklopädisten wurden zu Beginn unseres demokratischen Projekts der Moderne formuliert, noch vor dem Beginn der ersten industriellen Revolution – u.a. im hoffnungsvollen Blick auf die amerikanische Revolution, die in einer damals zutiefst agrarisch geprägten, reichen englischen Kolonie begann. Die Vorstellungen von Freien und Gleichen, und die Hoffnungen darauf, deren Gesellschaft gegen den Spätfeudalismus der Zeit durchsetzen zu können, waren noch wesentlich auf die Figur des handwerklich selbständigen Bürgers orientiert – und der weitsichtige Diderot war hier schon sehr früh begründet skeptisch, wie sein eben zitierter Blick auf den holländischen Kaufmann belegt. Der noch sehr viel mehr in der alten göttlichen Ordnung verhaftete Moralphilosoph Adam Smith war da in seinem *Wealth of Nations* deutlich optimistischer. Im England an der Schwelle zur ersten industriellen Revolution betont er die Vorzüge eines freien Welthandels und erkennt er die Chancen der Arbeitsteilung. Die Kooperation abhängig Beschäftigter, ihre Bildung und Befähigung zu zunehmend autonom gestalteter Zusammenarbeit hingegen rückt erst im Ergebnis der Folgen der ersten industriellen Revolution ins Zentrum des frühsozialistischen Denkens Robert Owens. Daran anknüpfend wird es zu einem zentralen Aspekt des Denkens und Handelns des französischen Sozialismus und der späteren ‚sozialen Linken‘ werden, die Richard Sennett (2014) mit guten Gründen von der ‚politischen Linken‘ unterschieden hat.

- 7. Nimmt man im Sinne der Traditionslinie einer sozialen Linken Demokratie als ein stetig weiterzuentwickelndes Projekt ernst, das einem humanistischen Menschenbild folgt, dann kann es nicht ‚einfach‘ darum ge-**

hen, bestimmte soziale (Klassen)Interessen als allgemein zu setzen und gegen andere durchzusetzen.

Der Interessenbegriff begann seine Karriere, wie Albert O. Hirschman (1980) gezeigt hat im 18. Jahrhundert als eine der *politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*. Im Verfolg ökonomischer Interessen schien das aufsteigende Bürgertum zugleich eine rationalere Ordnung der gesellschaftlichen Interessen gegenüber dem Handeln eines von starken Leidenschaften getriebenen Adels zu versprechen – so die Hauptlinie der damaligen Argumentation, die Hirschman detailliert nachzeichnet. Dies verkennt zum einen, dass in Wahrheit immer und bei allen Menschen Leidenschaften und Interessen ‘im Spiel’ sind. Oder in den Worten des hier nochmals zitierten Diderot: *die Passion geht der Vernunft immer voran*. Im demokratischen Prozess einer Gesellschaft geht es deshalb darum, beide, Leidenschaften wie Interessen, in gesellschaftlich in zivilisierten Formen geltend zu machen, um sie dann bei der Suche nach innovativen Lösungen – und nicht einfach Kompromissen, die dann aus der Sicht jeweiliger Interessenlagen als schlecht erscheinen mögen - ‚übersteigen‘ zu können, wie wiederum die Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt formuliert hat.

Kommentar:

Die marxistische Arbeiterbewegung kommt dem Interessenbegriff im Sinne objektiver Klasseninteressen, die vermeintlich wissenschaftlich begründet sind, ein herausgehobener Stellenwert zu – wiederum in engem Zusammenhang mit der höchst problematischen Vernachlässigung demokratischer Prozesse und Prozeduren, in denen zunächst einmal unterschiedliche subjektive Interessen artikuliert und geltend gemacht werden müssen. Eine nüchterne und angemessene Betrachtung einer heute radikaldemokratischen zu denkenden Gesellschaft, deren Mitglieder sich als gesellschaftlich konstituierte Individuen erkannt haben und wechselseitig anerkennen - also als gesellschaftliche Gleiche und zugleich als jeweilig Besondere Einzelne – führt zunächst einmal vor Augen, dass es in ihr zwar eine Vielzahl unterschiedlicher, auch gegensätzlicher Interessen von Gruppen und Einzelnen gibt. Sie sind Gegenstand soziologischer Analysen – sei es im Hinblick auf Schichtungsmodelle, die Herausbildung sozialer Klassen und Klassenkonflikte oder die unterschiedlicher sozialer Milieus. Politisch muss es dann im politischen Prozess einer demokratischen Gesellschaft, die eine Gesellschaft von Gleichen und Freien zu sein beansprucht, darum gehen, zu Entscheidungen zu gelangen, die von Mehrheiten getragen und von Minderheiten akzeptiert werden können, weil sie auf wohlbegründeten Urteilen beruhen. Das Wesen demokratischer Politik kann deshalb nicht darin liegen, Interessen sozialer Gruppen oder Klassen durchzusetzen – also gegen Andere in zugespitzten (Klassen)Konflikten -, indem man sie zum Beispiel als allgemein behauptet. Der Begriff der ‚Interessenpolitik‘ - von manchen Linken vor dem Hintergrund einer marxistischen Theorettradition, die geschichtliche Erfahrungen klassentheoretisch verarbeitet hat, nach wie vor gerne benutzt - ist nicht durchdacht, um nicht zu sagen gedankenlos. Es knüpft immer noch an einen Klassenbegriff und eine Vorstellung objektiver Interessen an, der soziologisch-empirisch nicht fundiert ist. Völlig zu Recht spricht Jac-

ques Rancière (2002) in Bezug auf das Marxsche Proletariat vom *Namen der Klasse, die keine ist*. Das Wesen demokratischer Politik liegt hingegen im ‚Übersteigen von Interessen‘ (Brokmeier 1994) – nachdem sie angemessen geltend gemacht worden sind. Erst durch solches Übersteigen im Arendtschen Sinne werden nicht nur Kompromisse möglich, vielmehr vor allem neue, innovative, wirklich weiterführende Lösungen im Ergebnis des (Zusammen)Denkens und Handelns Vieler.

Darüber hinaus ist aber zu beachten, dass menschliches Handeln nie einfach interessenorientiert ist. Es geht dabei vielmehr immer um Leidenschaften und Interessen. Deren Zusammenhang ist erst im Zuge der *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* (Hirschman 1980) in zweifelhafter Weise aufgetrennt worden. Mit Diderot wäre eher daran festzuhalten, dass *die Passion immer voran geht*, und mit Arendt oder Camus wäre in diesem Zusammenhang zu unterstreichen, dass letztlich Sinnfragen die wichtigsten philosophischen Fragen sind, die auch alle weniger philosophisch denkende Menschen zumeist leidenschaftlich bewegen. Demokratietheoretisch schließen sich hier vielfältige Fragen an, auf die hier nur verwiesen werden kann – etwa danach ob die Politik von solchen Sinnfragen möglichst weitgehend ‚entschlackt‘ werden müsse (Safranski 1993), weil die letztlich jeder und jede Einzelne für sich und seine/ihre individuelle Lebensführung selbst beantworten können müsse; und weiter danach, wie denn dann – heute eben jenseits früher einmal religiös höchst verbindlich gegebener oder offenbarer Antworten – gesellschaftlich über solche Sinnfragen kommuniziert werden sollte (Gabriel, 2015, Martens 2020b). Solche Fragen sind allerdings nicht mehr Gegenstand dieser Thesen.

8. Im Blick auf die Staaten der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft stehen wir heute vor einer Herausforderung, wie sie schon die großen Enzyklopädisten zu Zeiten der französischen Aufklärung formuliert haben.

Die im Kommentar zu These 6 zitierten Überlegungen der großen Enzyklopädisten sind ein heute weithin *vergessenes Erbe der Aufklärung*, die den Beginn unseres demokratischen Projekts der Moderne gedanklich vorbereitet hat. Der liegt mit den großen bürgerlichen Revolutionen noch keine 250 Jahre zurück. Unsere Moderne ist also noch jung, und wie wir seither wissen können, ist es unser menschliches Handeln, das unsere menschliche Lebenswelt konstituiert. Das gilt gleichermaßen für vollzogene, gescheiterte oder unterlassene Handlungen. Das menschliche Handeln weist zugleich eine geradezu unheimliche Dauerhaftigkeit auf, und auch im *Leben des Geistes* (Arendt 1979) bleibt früher Gedachtes oftmals weiterhin bedeutsam. Dies ist ja die Grundlage dafür, dass wir heute zu Recht erwarten dürfen, eine Begegnung von Frühsozialismus und Spätkapitalismus für zukünftiges Handeln fruchtbar machen zu können.

Kommentar:

Eine entscheidende Voraussetzung für solches Furchtbarmachen ist allerdings, dass man früheres Denken und Handeln auf der Höhe der Herausforderungen der eige-

nen Zeit angemessen neu interpretiert. Das aber geschieht allzu oft gerade nicht. So werden heute zum Beispiel die Hoffnungen ideologisiert, die frühe Moralphilosophen wie Adam Smith vielleicht noch mit Gründen hegen konnten. Adam Smith entwickelte seine Theorie des *Wealth of Nations* zu Zeiten, die in Europa noch weithin spätféudal geprägt waren – in England nach der Revolution im 17. Jahrhundert freilich schon konstitutionell ‚gezähmt‘. Und auch wenn er selbst enge Bezüge zu der längst kommerzialisierten Agrarwirtschaft in England hatte, als Wissenschaftler die produktivitätssteigernden Vorteile der Arbeitsteilung erkannte, dabei die Dimension der Kooperation der Arbeitenden aber ausblendete, und ganz praktisch James Watt bei dessen Entwicklung der Dampfmaschine unterstützt hat: er hatte durchaus noch Gründe mit dem aufstrebenden Bürgertum auf frei Märkte zu setzen, auf denen er noch die unsichtbare Hand Gottes am Werke sah. Allerdings stand er so, anders als zur gleichen Zeit die radikalen Französischen Aufklärer, einer hierarchischen Ordnung der Welt kaum besonders kritisch gegenüber. Wirklich ideologisiert wird Smiths Gedankenmodell aber heute, wenn der Markt zu einer Art Superinstitution erklärt wird. Deren Überlegenheit wird in den heutigen Gleichgewichtsmodellen einer angebotsorientierten Ökonomie allerdings nicht mehr mit der unsichtbaren Hand Gottes begründet. Man stützt sich vielmehr, nach dem Vorbild der Naturwissenschaften, auf mathematische Modelle. Die allerdings haben sich bislang gegenüber der *wilden Ereignishaftigkeit* des tatsächlichen Marktgeschehens mit ihrer höchst unzureichenden Erklärungskraft blamiert. Joseph Vogl (2010) hat das zuletzt in seiner Analyse der Weltfinanzkrise von 2008/9 überzeugend nachgewiesen.

Die heutigen in hohem Maße selbstreferentiell funktionierenden Finanzmärkte werden, so Vogls Analyse, geradezu zum Musterbeispiel eines autopoietischen Systems, in dem *das Gespenst des Kapitals* uns aus einer immer schon verrechneten Zukunft entgegen kommt. Das entspricht exakt dem Bild, nach dem die moderne Systemtheorie einen unausweichlichen Selbstlauf einer gegenüber dem menschlichen Handeln verselbständigten, gleichwohl aber menschengemachten Welt behauptet. Die Kontingenz der Systeme wird zum neuen *der Mensch denkt und Gott lenkt*, wie der eher liberal-konservative Philosoph Rüdiger Safranski (1999) geschrieben hat. Zugleich wird der Umstand als selbstverständlich angesehen oder ignoriert, dass Adam Smith sein *Wealth of Nations* zu Zeiten des Feudalismus und gerade an der Schwelle zur ersten industriellen Revolution geschrieben hat. Die heutigen abhängig Beschäftigten, die in Wirtschaftsunternehmen unter Formen *privater Regierungen* (Anderson 2019) arbeiten müssen und sich den Zwängen entfesselter Märkte unterwerfen sollen, leben und arbeiten in einer gänzlich anderen Welt. In ihr sind wir alle weit – und gegenwärtig eher zunehmend weiter - davon entfernt, die seit der Französischen Aufklärung und Revolution in unserer Gesellschaft versprochenen demokratischen Freiheiten leben zu können.

Geht man von diesen Überlegungen aus, muss man seine Aufmerksamkeit – in heute angemessener Terminologie – auf das Verhältnis der Menge der Vielen und der herrschenden Eliten richten. Zunächst im Blick auf den demokratischen Prozess einer Gesellschaft müsste man dann im Sinne der frühen radikalen Aufklärer sagen,

dass dieser Prozess weder allein oder auf Dauer auch nur wesentlich die Angelegenheit von Spezialisten sein sollte. Vielmehr käme es darauf an, den demokratischen Raum der Gesellschaft so auszugestalten, dass alle ihre Mitglieder darin aktiv handeln können - und dies in einer stetig zu erweiternden Weise. Doch vor dem Handeln muss immer das Denken liegen. Dafür aber bedarf es öffentlicher Räume, in denen ungelöste gesellschaftliche Probleme, strittige Auffassungen und neue Herausforderungen erörtert werden und die menschliche Urteilskraft so geschult wird. Für den Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung Thomas Jefferson, von Hannah Arendt als, vielleicht einziger Politiker und Denker bezeichnet, bei dem man *von einem Rätegedanken sprechen könne*, galt dies mit großer Selbstverständlichkeit als unabdingbar – zu seiner Zeit freilich wiederum in einer vornehmlich agrarisch geprägten Gesellschaft. Diese radikaldemokratische Herausforderung gilt daher in beider Denken allein für den ‚klassischen Raum einer bürgerlichen Öffentlichkeit. Er gilt ihnen gewissermaßen als *der* Raum der Politik – und in dieser Tradition, im Grunde an Arendt anknüpfend, bewegt sich auch weithin das Denken von Jürgen Habermas – etwa dort, wo er heute das Fehlen einer politischen Öffentlichkeit innerhalb der EU beklagt (Martens 2016 und 2020a). Jefferson hatte eben eine noch agrarisch geprägte amerikanische Gesellschaft vor Augen und Arendt entfaltet ihr Bild politischer Öffentlichkeit, ausgehend von der antiken Polis im Blick auf das Entstehen bürgerlicher Öffentlichkeit seit der amerikanischen und Französischen Revolution.

Weder der Markt, von dem der Moralphilosoph Adam Smith zu Beginn der industriellen Revolution für die Bürger einer noch nicht industrialisierten Gesellschaft wesentliche Freiheiten gegenüber einer zu seiner Zeit in den meisten europäischen Ländern noch uneingeschränkt herrschenden Feudalen Klasse erwartete, noch die bis heute privatrechtlich verfasste Sphäre der Wirtschaft, in der die große Mehrzahl der Menschen als abhängig Beschäftigte unter Bedingungen *privater Regierungen* arbeiten muss, dürfen daher gegenüber demokratischen Eingriffen als geradezu sakrosankt angesehen werden. Auf die nahezu uneingeschränkte Herrschaft solcher *privater Regierungen* zielt heute völlig zu Recht die Kritik die Philosophin Elizabeth Anderson - so zugespitzt vor allem im Blick auf den angelsächsischen Kapitalismus.

9. Folgt man dieser Einschätzung, dann wird der Zusammenhang von Arbeit und Demokratie zu einer zentralen Herausforderung. Es ist dann nämlich nicht länger möglich, den öffentlichen Raum der Politik auf den klassischen Raum bürgerlicher Öffentlichkeit zu begrenzen.

Um eben das Problem der Ermöglichung des *aufrechten Gangs* unter den Bedingungen einer privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft, in der erwachsene Menschen ein Drittel ihrer Lebenszeit verbringen müssen, geht es heute auch in den Alltagskonflikten, die die privatrechtlich verfasste Wirtschaft des „Rheinischen Kapitalismus“ zutiefst prägen. Im Zeichen ‚neuer Arbeit‘ ist wiederholt versprochen worden, dass sich mit dem ‚selbständig unternehmerisch mitdenkenden Arbeitnehmer‘ dieser aufrechte Gang gewissermaßen wie von selbst einstellen werde. Im Zeichen fortschreitender Digitalisierung hätten wir, so heißt es dann, das *demokratische Unter-*

nehmen geradezu schon vor Augen. Zugleich sollen die abhängig Beschäftigten, über deren Abhängigkeit kein Wort verloren wird, als Unternehmer ihrer Arbeitskraft verstehen und alles ihnen Mögliche tun soll, um sich für den Arbeitsmarkt fit zu halten.

Kommentar:

Es liegt auf der Hand, dass bei solchen wunderbaren Zukunftsbildern alle realen Herrschaftsverhältnisse, die unsere soziale Wirklichkeit prägen, ausgeblendet werden. Wir arbeiten und leben schließlich in einer zunächst einmal vom Direktionsrecht geprägten, privatrechtlich verfassten Sphäre von Arbeit und Wirtschaft. In ihr müssen sich Unternehmen in einer auf global entfesselten Märkten zugleich zunehmend durchökonomisierten Welt in der Konkurrenz mit Anderen behaupten. An den ‚Rändern‘ der Triade wird daher unter oft nahezu frühkapitalistischen Bedingungen möglichst kostengünstig produziert. Und wo es eine im Zeichen der Digitalisierung fortschreitend neu standardisierte Arbeit gestattet, entstehen in neuen, global vernetzten Produktionsräumen neue Formen ‚digitalisierter Fließbandarbeit‘. Auch in den als fortgeschritten bezeichneten kapitalistischen Staaten wächst so der Anteil prekarierteter Arbeitsverhältnisse – auch in Branchen, die heute als Treiber weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritts gelten. Zugleich schrumpfen die Wirtschaftsbe- reiche, in denen zu Zeiten der sozialstaatlich geprägten Nachkriegsdemokratien Tarifverträge und Mitbestimmungsrechte das Direktionsrecht immerhin eingeschränkt haben. Entsprechende Rechte kommen für prozentual zunehmend weniger abhängig Beschäftigte zur Anwendung

Bei der Mitbestimmung, wie sie etwa für den ‚Rheinischen Kapitalismus‘ der ersten Nachkriegsjahrzehnte prägend geworden ist, konnte man in Anlehnung an Oskar Negt und Alexander Kluge (1972) von einer Art Einschränkung absoluter Herrschaft durch eine Verfassung sprechen. Beide haben seinerzeit von Ähnlichkeiten mit einer konstitutionellen Monarchie gesprochen. Unter den Bedingungen einer inzwischen von Erosionsprozessen bedrohten deutschen Mitbestimmung kennzeichnen heute Kämpfe um eine neue *Gestaltungspartnerschaft auf Augenhöhe* den Alltag in Industrie und Verwaltung (Katenkamp u. a. 2018). Solidarisches Zusammenhandeln und Chancen zu demokratischer Gestaltung werden in solchen Konflikten sichtbar (Martens 2018). Ebenso kann man aber auch immer wieder am Beispiel neuer Ansätze solidarischer Ökonomie beobachten, dass es denen, die hier ihre Nischen suchen, darum geht, gegen die Alltagsdiktaturen im Zeichen ökonomischer Globalisierung ihre Freiheit zu leben (Wirtschaft demokratisch, 5. Tagung am 05.07. 2019). All dies verweist darauf, dass heute nach Ansatzpunkten für eine ‚Neue Politik der Arbeit‘ zu fragen wäre.

10. Die Frage nach den konkreten Ansatzpunkten ist vor allem eine Herausforderung für die Gewerkschaften. Sie haben im Verlauf des neoliberalen Rollbacks der vergangenen Jahrzehnte Machtpositionen verloren, sind im politischen Raum der Gesellschaft nur noch wenig präsent und müs-

sen erleben, dass ihre überkommenen Strategien weniger gut greifen, die ihnen einmal erfolgreiche Institutionalierungsprozesse ermöglicht haben.

Die ‚institutionellen Strategien‘ der Gewerkschaften– also die, mit denen sie vormals Machtpositionen errungen und institutionell befestigt haben – drohen ins Leere zu laufen. Alte Muster repräsentativer Interessenvertretung stoßen an Grenzen. In der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft hat der Anteil prekär Beschäftigter allgemein, und in Deutschland in besonders hohem Maße zugenommen. Zugleich ist von neuen Pathologien der Arbeit die Rede (Georg u.a. 2020, Martens 2020a). Die aktive Beteiligung der Beschäftigten wird zunehmend wichtiger.

Kommentar:

Dass es der Kapitalismus ist, der uns hindert, unsere Freiheit zu leben, ist auf der Linie solcher Überlegungen eine Parole geworden, die in der Schweiz Menschen in sozialen Dienstleistungsbereichen (Bildungs- und Gesundheitswesen, Sorgearbeit) für die Durchsetzung von Forderungen mobilisieren konnte (FNPA 2018). Den Blick auf entsprechende konzeptionelle Debatten und praktische Ansatzpunkte für eine „Neue Politik der Arbeit“ gilt es heute weiter zu schärfen - und der eher hilflose Pragmatismus und die Bescheidenheit der in die Defensive gedrängten offiziellen gewerkschaftlichen Programmatik und Arbeitspolitik hierzulande wäre kritisch zu hinterfragen. Der DGB hat die deutsche Mitbestimmung, deren Leitbild heute die Praxis nach dem MitbestG ‚76 geworden ist, vierzig Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zum tragfähigen Zukunftsmodell erklärt. Eine aktuelle Analyse zu *Erinnerungskulturen sozialer Demokratie* zeigt allerdings nachdrücklich, dass wir es hier gegenüber der schon einmal etwas weiter reichenden Montanmitbestimmung seitens der Gewerkschaften mit einem *schöngeredeten Misserfolg* zu tun haben (Gotto 2019). Der Zusammenhang von Arbeit und Demokratie wird deshalb auch hierzulande zu einer aktuellen tagespolitischen Herausforderung – unbeschadet der im Rheinischen Kapitalismus einmal gelungenen institutionellen Begrenzung wirtschaftlicher Macht.

11. Die aus der Perspektive des angelsächsischen Kapitalismus formulierte Kritik an den *privaten Regierungen* ist auch hierzulande ein wichtiger Ansatzpunkt einer neuen Politik der Arbeit. Zugleich zielt eine darüber aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis von Arbeit und Demokratie in letzter Konsequenz über die Veränderung einzelwirtschaftlicher Entscheidungsrechte hinaus.

Zunächst einmal wäre eine Kritik unter dem Blickwinkel des Zusammenhangs von Arbeit und Demokratie auch dort weiterführend, wo das Direktionsrecht immerhin konstitutionell eingeschränkt ist – im Zeichen des neoliberalen Rollbacks aber auch Erosionsprozessen und -Drohungen ausgesetzt ist. Eine Stärkung demokratischer Rechte auf einzelwirtschaftlicher Ebene im Sinne demokratisch legitimer Eingriffsmöglichkeiten in unternehmerische Entscheidungsrechte würde aus ihrer Eigen-

logik heraus aber auch Weiterungen auf übergreifenden wirtschaftlichen Ebenen einen Weg bahnen können.

Kommentar:

Andersons Kritik der *privaten Regierung* sieht aus der Perspektive des angelsächsischen Kapitalismus heraus bereits in konstitutionellen Einschränkungen ihrer Herrschaft, wie sie die deutsche Mitbestimmung erreicht hat, ein lohnenswertes Ziel. Auch für die Schweizer Sozialdemokraten wäre die deutsche Mitbestimmung bereits ein weiterführender Schritt. Allerdings haben 2016 in einem Positionspapier wirkliche Eingriffe in wirtschaftliche Entscheidungsrechte von Seiten der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gefordert (Positionspapier 2016). Die darin formulierten Vorstellungen und Forderungen zielen darauf ab, *eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch zu bringen*. Ein *Ende der Pflasterlipolitik* wird dann nicht nur programmatisch gefordert. Man arbeitet an detaillierten Konzepten zu dessen Umsetzung, deren Erfolg in regelmäßigen Abständen überprüft und diskutiert wird. Es geht um den Versuch, Demokratie zu einem *sozialdemokratischen Hegemonieprojekt* zu machen. Im Grunde ist damit in einem sehr umfassenden Sinne von einer Demokratisierung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft die Rede. Zwar wird Wirtschaftsdemokratie nicht direkt zum Thema gemacht, aber offenkundig wird eben doch ein Kampf um die Köpfe begonnen, der darauf zielt, ein entsprechendes gesellschaftliches Klima für wirtschaftsdemokratische Vorstellungen zu schaffen. Eine im Rahmen des FNPA organisierte konzeptionelle Debatte mit führenden Schweizer Sozialdemokraten hat das sehr klar gezeigt (FNPA 2018).

Die aktuellen konzeptionellen Debatten, wie sie dort und anderen Ortes geführt werden, machen völlig klar, dass es letztlich um weitergehende Mitentscheidungsrechte der abhängig Beschäftigten gehen müssen. In einem ersten Schritt werden wirksame Mitentscheidungsrechte der abhängig Beschäftigten gefordert, wie sie zu früheren Zeiten einmal unter dem Begriff der Arbeiterdemokratie propagiert worden sind. Aber die erfordern letztlich auch neue Formen einer politischen Rahmensetzung für und auch Eingriffe in den Markt, wenn sie zu einem Angelpunkt einer solidarischen und auf Nachhaltigkeit orientierten Gesellschaft werden sollen. Damit aber sind vielfältige Fragen einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft aufgeworfen, für die das alte Konzept der Arbeiterdemokratie keineswegs die Blaupause fertiger Antworten bietet. Stattdessen wäre eine neuerliche grundlegende Diskussion zu fordern und zu beginnen (Bergmann u.a. 2019, Wiethold 2019, Martens 2020b). Im Zuge einer solchen Diskussion - die nicht wissenschaftlich zu entscheiden ist, zu der aber auch die Wissenschaften ihren Beitrag liefern müssten - wären praktische Reformschritte zu konkretisieren und in tentativen, ggf. auch rückholbaren Schritten im demokratischen Prozess der Gesellschaft anzugehen.

12. Angesichts multipler Krisenprozesse, die nach dem Ende eines langen Zyklus dynamischer industriekapitalistischer Wachstumsdynamik, jedenfalls in den industriell hoch entwickelten Staaten der atlantischen Zi-

vilisationsgemeinschaft, immer größere Problemwolken auftürmen, erweist sich die Auseinandersetzung mit dem Denken und den Handlungsansätzen der Frühsozialisten als ausgesprochen produktiv.

Das ist zusammengefasst ein wichtiges Ergebnis der in den voranstehenden Thesen entfalteten Argumentation. In einer Zeit, in der die industriekapitalistische Wachstumsdynamik sich erschöpft hat, jedenfalls in den Metropolen, und sich angesichts multipler Krisenprozesse wachsende Problemwolken vor uns auftürmen (Zinn 2015) stellen sich grundlegende Fragen neu. Für die Aktualität frühsozialistischer Handlungsansätze und auch gesellschaftstheoretisch vertiefender Überlegungen, die die Frühsozialisten zu ihrer Zeit gleichermaßen tiefgreifender sozialer Umbrüche formuliert haben, lassen sich zahlreiche Gründe anführen. Sozialistische und andere soziale Bewegungen sind gut beraten, solche Impulse aufzugreifen und auf der Höhe der Herausforderungen unserer Zeit neu zu durchdenken.

Kommentar:

Zum Schluss ist so erneut auf die Eingangsthese zurückzukommen. In ihr wurde aus der Begegnung von Frühsozialismus und Spätkapitalismus heraus auf die Bedeutung des praktischen Entwurfs alternativer Weisen von Arbeiten und Leben verwiesen und zugleich der Blick für eine Kritik jeglicher Geschichtsmetaphysik geschärft. Mit der europäischen Aufklärung sind die Bodenlosigkeit und Abgründigkeit unserer menschlichen Freiheit sichtbar geworden, und unser demokratisches Projekt der Moderne steht weiterhin vor der Herausforderung, darauf Antworten zu finden. Für Frühsozialisten wie Robert Owen waren solche Einsichten grundlegend. Verwiesen wurde in diesen Thesen ferner auf die relativ umfassende Herrschaftskritik der Frühsozialisten, deren Utopien mehr gewesen sind als eine Kritik der damals neu entstehenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, weil sie die Genderfrage einschlossen und von einem emanzipatorischen Menschenbild ausgegangen sind. Daran ist zu erinnern. Angesichts der ökologischen Herausforderungen unserer Zeit ist weiterhin deren nach wie vor weithin ungebrochene Wissenschafts- und Fortschritts*gläubigkeit* in ihrer Kritikbedürftigkeit kenntlich geworden. In Zeiten, in denen Wissenschaftler angesichts erkennbarer Grenzen unseres herrschaftlichen Naturverhältnisses vom Anthropozän und von der Gefahr seines möglichen Endes sprechen, wird zugleich philosophisch ein existenzieller Zugriff auf die menschliche Gattungsgeschichte nachdrücklich nahegelegt.

Unter diesem Blickwinkel bleibt es zwar unstrittig, dass erst die spätere marxistisch geprägte Arbeiterbewegung im Anschluss an Marxens ökonomische Analysen über ein immer noch gültiges Wissen der inneren Dynamiken und Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Entwicklung verfügt hat. Es wird aber auch klar, dass die späteren marxistischen Orthodoxien daraus – und aus dem Geist des wissenschafts*gläubigen* 19. Jahrhunderts - in fataler Weise einen, In den Worten Albert Camus, prophetischen Marxismus gemacht haben. Anders als die Frühsozialisten hat der die Demokratiefrage nicht ins Zentrum seiner Alternativentwürfe gerückt. Der Politikwis-

senschaftler Markus Pausch (2017) hat daher, anknüpfend an die philosophische Marxismuskritik Camus, die These von *Demokratie als Revolte* mit guten Gründen in die aktuelle politikwissenschaftliche Debatte zur Krise der Demokratie eingebracht. Man sollte aber, wenn man hier philosophisch grundlegend ansetzt, auch der philosophischen Denkrichtung einer Philosophischen Anthropologie nicht ausweichen. Deren wichtigster Repräsentant, Helmuth Plessner, war bekanntlich eher politisch liberalen Positionen zugeneigt. Anders als die Frühsozialisten hat er sich nach den Erfahrungen der ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ und nach dem Scheitern des orthodoxen Marxismus zutiefst skeptisch zu der Frage geäußert, ob die modernen Gesellschaften noch bereit und in der Lage sein würden, ein für ihre weitere Entwicklung orientierendes Menschenbild zu entwerfen. Wer heute angesichts der Krisen und Herausforderungen unserer Zeit von Neuem über Alternativen zu dem heillosen Weiter-So des herrschenden Politikbetriebs nachdenken will, wird jedoch um eben diese Frage nicht herumkommen. Sie ist unumgänglich. Doch es bedarf darüber hinaus erheblicher weiterer wissenschaftlicher, philosophischer und politischer Arbeit, um in einer zunehmend krisenhaften historischen Übergangsphase besser gefestigten Boden unter die Füße zu bekommen. Den aber werden wir benötigen, wenn wir in dem Sinne Mehrheiten *für einen neuen Reformismus* gewinnen wollen, in dem zum Beispiel schon Peter von Oertzen 1984 dafür plädiert hat. Das Denken und die Praxis der Frühsozialisten vermögen dazu wichtige Impulse zu geben.

III. Nachbemerkung

Wenn ich die in diesen Thesen entfalteten Überlegungen im Hinblick auf die Frage zusammenfassen will, was wir heute von den Frühsozialisten lernen können – oder auch von den späteren Handlungsansätzen einer sozialen Linken, die Richard Sennett in deren Tradition von der politischen Linken unterscheidet – dann komme ich zu der folgenden Einschätzung:

Es gab und gibt keine Königswege der Transformation kapitalistischer Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse – und schon gar nicht kann man heute an teleologische Vorstellungen geschichtlicher Entwicklungen anknüpfen, denen in den diversen Marxismen das Erbe eines nicht überwundenen Mystifizismus, so schon Marx (siehe Schmidt 1977), der Hegelschen Dialektik zugearbeitet hat. Aber es gab und gibt mit der spätestens seit der Französischen Revolution herbeigeführten *Neuen Ordnung der Dinge* zu allen Zeiten die Erfahrung und Einsicht in die Herausforderung, in eine nun jenseits aller göttlich verbürgten alten Ordnung ‚bodenlos‘ und ‚orientierungslos‘ gewordene Moderne politisch handelnd und gestaltend eingreifen zu müssen. Das ist eine Einsicht, die sich von der radikalen Französischen Aufklärung bei Denis Diderot über Robert Owen bis zum existenzialistischen philosophischen Denken unserer Zeit hinzieht - und zwar mit ganz unterschiedlich gefolgerten praktisch politischen Schlüssen. Die bewegen sich in jüngerer Zeit in der Spannbereite von Philosophischer Anthropologie des politisch liberalen Helmuth Plessner über den Linksnietzscheanismus des mit dem Anarchosyndikalismus sympathisierenden Albert Camus

bis hin zu dem radikal herrschaftskritischen Michel Foucault, der sich als spezifischer Intellektueller an verschiedensten Stellen praktisch-politisch engagiert hat. Doch konzeptionelle Überlegungen sollen hier über das in den Thesen gesagte hinaus nicht weiter vertieft werden. Wichtiger ist es mir, nochmals auf gegenwärtige Ansätze solidarisch-genossenschaftlichen Handelns einzugehen.

Produktionsgenossenschaften – und die sind hierzulande ja eher selten – spielen da eine bedeutsame Rolle. Die *Mondragón Corporación Cooperativa* ist die wohl weltweit größte und erfolgreichste Produktionsgenossenschaft (Spieler 2007 und. o..J. Wuhler 2017). Sie entstand nach der Niederlage der spanischen Republik gegen Franco seit den 1940er Jahren aus der Initiative des katholischen Priesters, José Maria Arizmendiarieta. 1943 stand am Beginn von MCC die Gründung einer Fachschule für Techniker. Heute verfügt MCC über eine eigene genossenschaftliche Universität als Teil des Mondragon Bildungsverbundes mit 4.750 Studierenden. 1982 umfasste MCC bereits 160 Unternehmen mit 18.800 Beschäftigten. Sie hat sich seither dynamisch entwickelt und behauptet sich erfolgreich, wenn auch die Folgen der Weltfinanzkrise und der geplatzten Immobilienblase in Spanien nicht spurlos an dem Verbund von heute 101 Genossenschaften vorbeigegangen sind.

Vor ca. 10 Jahren war MCC Spaniens siebtgrößter Konzern mit 84.000 Beschäftigten und einem Umsatz in den Bereichen Industrie und Betrieb von damals 14 Milliarden Euro. Zu MCC gehört damals die Genossenschaftsbank Caja Laboral (heute Labora Kutxa) und die Ladenkette Eroski. Die schrumpfte noch vorheriger Expansion in der Folge der Krisenentwicklungen nach 2008. Der Umsatz des Genossenschaftsverbunds lag 2017 bei 12, 1 Mrd. €. Nicht alle Beschäftigten, vor allem in den Niederlassungen im Ausland in der Rechtsform von GmbHs und Aktiengesellschaften - mit vor ca. 10 Jahren 15.000 Beschäftigten -, sind Genossenschaftsmitglieder; aber im Baskenland sind das 85 Prozent der industriellen Arbeiter. Spitzenleute im Management verdienen bei MCC maximal das sechsfache der am niedrigsten bezahlten Genossenschaftler*innen oder – so eine andere Angabe ca. 30 bis 40 Prozent weniger als in Konkurrenzunternehmen, die übrigen Arbeitskräfte hingegen ca. 30 Prozent mehr als im Durchschnitt in Spanien.

Auf der Homepage von MCC war einmal zu lesen: *Die Ökonomie wird erst ökonomisch, die Demokratie wird erst demokratisch, wenn die Ökonomie demokratisch wird.* Das mag nach einem systemüberwindenden Anspruch klingen. Doch *die Leute von Mondragón scheuen sich, MCC als Modell für die Überwindung des Kapitalismus anzupreisen* (Spieler o. J.) Sie konzentrieren sich darauf, ihre *Unternehmensdemokratie zu bewahren* und durch ihre *tägliche Arbeit zu erweitern*.

Wo heute ernsthaft über demokratische Unternehmen diskutiert wird, werden aber auch eindrucksvolle kleine neue Beispiele präsentiert. Letztes Jahr gab es eine Tagung im Rahmen einer Veranstaltungsreihe *Wirtschaft demokratisch* (Gustav Bergmann u.a. 2019) der Universität Siegen – organisiert u. a. von Betriebswirten, Volkswirten, Soziologen, auch ein Verfassungsrechtler ist da dabei - gemeinsam mit der AWO Siegen-Wittgenstein/ unter dem Titel *Soziokratie und Mitgestaltung*. Da präsentierte sich zum Beispiel das *Premium Kollektiv*. Vor 18 Jahren entstanden aus einer

Gruppe von Hackern - wenig geplant in Reaktion auf eine nach dem Empfinden Einzelner neu entstandenen, und persönlich schmerzlich registrierten Marktlücke auf dem Getränkemarkt -, arbeitet dort ein engeres Kollektiv von 25 Personen – insgesamt gibt es 256 Kollektivist*innen - ,konsentdemokratisch‘ organisiert. Man liefert inzwischen vier Sorten von Getränken vornehmlich an Gaststätten - im deutschsprachigen Raum sind das 17.000 gewerbliche Partner*innen. Auf dem knackigen Internetauftritt ist zu lesen: *Kein Logo auf dem Produkt, keine Werbung, keine Gewinne, keine Verträge und kein Chef .Aus der Sicht der klassischen BWL macht das Premium Kollektiv wohl so ziemlich alles falsch. Dennoch ist die Getränkemarkte enorm erfolgreich.*

Die Präsentation u.a. dieses *Premium Kollektivs* war konzeptionell eingebettet in einen kleinen Workshop und eine Debatte zu *Soziokratie*. Der Begriff steht für *Zustimmungsgemeinschaft*. Es geht um Führen durch Kooperation und Konsent (Zustimmung) und nicht Konsens (Übereinstimmung), um kollektive Intelligenz, Kollegiale Führung und einen Weg, der statt auf Hierarchie durch Macht und Wissen, darauf setzt, dass Einwände aus dem Kollektiv gehört werden. Der kurze Workshop begann mit einer Flipchart-Abfrage danach, was ein eine Organisation kennzeichnen müsse, in der man sich wohlfühle. Hoch bepunktet wurden: Beteiligung, Transparenz und begründete Entscheidungen, Interessen- und Meinungsvielfalt, kollegiales Miteinander, klare stabilisierende Regeln für Mitgestaltung, Vertrauen, Gestaltungsspielräume am Arbeitsplatz. Auch wenn das Tagungsthema Zusammensetzung und Orientierungen der Teilnehmer*innen selbstverständlich bestimmt hat, war dies Ergebnis aussagekräftig.

Der Referent Steffen Emmrich (siehe auch dessen Internetauftritt) hat seine weiteren Ausführungen mit persönlichen Erfahrungen aus der Entwicklungshilfe unterlegt. Die Regel sei ja die Distanz zwischen den jeweiligen Entscheidern, und denjenigen, die die Entscheidungen umsetzen müssten. Bei Entwicklungshilfeprojekten bemerke man das immer wieder. Gespräche führe man mit den Leuten, mit denen man im Auto herumfahren müsse. Die konkreten Prozesse aber müssten dann dezentral organisiert werden. Und das gelte so auch für jedes Unternehmen.

Unter den ca. 30 Teilnehmer*innen des Workshops waren ca. die Hälfte Student*innen. Sie äußerten am Schluss der Veranstaltung, auf der es also um praktische Erfahrungen mit Partizipation und kollegialer Führung und die Kritik an Macht-hierarchien gegangen ist, durchgängig die Hoffnung, nach Abschluss ihres Studiums Berufsperspektiven finden zu können, die ihnen persönlich Alternativen eröffnen könnten.

Interessanterweise präsentierte sich auf dieser Tagung auch ein Siegener Unternehmen mit seinem Beteiligungsmodell, das man schon aus HdA-Zeiten kennen kann, nämlich Opel-Hoppmann. Das Beteiligungs- und Mitbestimmungsmodell stammt aus den 1960er Jahren. Das Unternehmen ist heute eine Stiftung. Es ist mit heute 450 Beschäftigten an neun Standorten erfolgreich expandiert und weist im Branchenvergleich bemerkenswert gute Arbeitsbedingungen auf. U.a. wird ein in der Branche nicht mehr übliches Weihnachts- und Urlaubsgeld gezahlt. Das Ende der 1960er Jahre eingeführte wirtschaftliche Beteiligungs- und arbeitspolitische Mitbe-

stimmungsmodell – letzteres durchaus mit Ähnlichkeiten zu dem, was unter dem Stichwort Soziokratie diskutiert wurde – wurde ausgeweitet. Im paritätisch besetzten Wirtschafts- und Mitbestimmungsausschuss sind auf Seiten der Beschäftigten neben zwei Betriebsratsmitgliedern vornehmlich gewählte Teamleiter verschiedener Standorte vertreten. Während unsere Gewerkschaften in einem einigermaßen heillosen Pragmatismus das anfangs scharf kritisierte MitbestG '76 mittlerweile zu einem Erfolgsmodell umgedeutet haben, das die soziale Marktwirtschaft der Zukunft tragen können soll (Gotto 2019, Martens 2020), finden sich hier weitergehende Praxisformen – selbstredend natürlich einzelwirtschaftlich begrenzt.

Gewiss das sind einzelne Beispiele – ein ausführliches Gedächtnisprotokoll zu der Siegener Tagung findet sich im Übrigen auf der Homerpage des FNPA,- und generell gilt: Die Umstände formen die Menschen in den Metropolen unserer heute globalisierten, zutiefst kapitalistisch geprägten Ökonomie und Welt zweifellos anders als dies zu Zeiten Robert Owens der damalige Manchesterkapitalismus getan hat. In den Metropolen ist das *Elend der Welt* ein anderes als an ihrer Peripherie, an der der Kapitalismus schon immer, und immer noch, Massenelend größten Ausmaßes produziert hat – so wie der große Liedermacher Bob Dylan das in seinem frühen Protestlied *a hard rain's gonna fall* seinen *blue eyed son* erkennen lässt. Unsere Fähigkeit zur *Zusammenarbeit* mag hier in den Metropolen in unseren Zeiten geschwächt sein, wie Richard Sennett meint. Im Zeichen fortschreitender Digitalisierung wird ja das *Ego* im *Spiel des Lebens* gestärkt, gefordert und geformt, so Frank Schirrmacher 2013 in seinem letzten Buch. Wir alle sollen als sogenannte *Arbeitskraftunternehmer* unternehmerisch mitdenken und zugleich unsere eigene Arbeitskraft, sozusagen auch hier selbstunternehmerisch denkend, für den Arbeitsmarkt marktgängig halten. Uns, den Teilnehmer*innen dieses Colloquiums hier, ist klar, dass dies ein perspektivloser Vorschlag ist. Geboren aus verbohrt, ideologisch gewordener *Marktgläubigkeit* und der Absicht bestehende Herrschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten, würde er uns weiter in die ‚bodenlos‘ und ‚orientierungslos‘ gewordene Moderne taumeln lassen – und im Zeichen der absehbaren ökologischen Krisen tut sich dabei vor uns ein neuer Abgrund auf.

Einzelne Beispiele genossenschaftlicher Produktion, wie eben umrissen, machen nicht einfach Schule. Neuansätze genossenschaftlicher Produktion lassen sich jedoch immer wieder finden. Worüber wir hier sprechen, das sind also Nischen. Aus eigener Kraft heraus werden sie schwerlich die große Transformation in Gang setzen können, die wir heute immer dringender brauchen. Gleichwohl sind sie und die mit ihnen eng verknüpften konzeptionellen Debatten, etwa die zu einer Soziokratie, unverzichtbar wichtig. Es müsste strategisch darum gehen, dass unsere Gewerkschaften mit den Ansätzen zu aktiver Belegschaftsbeteiligung an der Interessenvertretung von ihrer, zu Recht so bezeichneten „Flucht nach vorn“ (Lehndorff 2012) zu einer gezielt offensiven Handhabung des Themas *Arbeit und Demokratie* gelangen. Das aber wäre ein gewaltiger Schritt. Denn man kann wohl, nicht nur im Blick auf die deutsche Gewerkschaftsgeschichte, sagen, dass unsere Gewerkschaften wohl zu noch keiner Zeit *mehr zum Frieden mit dem Kapital geneigt* gewesen sind als heute.

Auch von der Reklamierung eines politischen Mandats sind sie weit entfernt – auch wenn die Arbeitsteilung mit einer Sozialdemokratie, die längst nicht mehr Volkspartei ist, nicht länger trägt. Die Frage ist, ob weiter vertiefte soziale Spaltungsprozesse und neue arbeitspolitische Herausforderungen die Gewerkschaften zu Überlegungen und Forderungen zwingen werden, die über eine, sozusagen nur konstitutionelle Einschränkung der demokratisch nicht legitimierten Entscheidungshoheit *privater Regierungen* hinausweisen, welche zudem fortschreitend gefährdet ist. Wenn die Gewerkschaften dazu ansetzen würden, dann könnten die praktischen Beispiele und konzeptionellen Debatten, die ich eben knapp umrissen habe, aus ihrer Nische herauskommen. Stellt man sich das verknüpft mit der Suche nach Antworten auf die ökologischen Herausforderungen vor, dann könnte man schon auf den Gedanken kommen, dass aus solchen Verknüpfungen, die man freilich bewusst und gezielt herstellen müsste, starke Impulse für ein grundlegend anderes Denken der abhängig Beschäftigten ausgehen könnten, so dass sie sich nicht länger so leicht nach dem Bild von Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft in die herrschenden Verhältnisse fügen lassen.

Mit Albert Camus könnte so *Demokratie als Revolte* zum Thema werden. Und während der Arbeiter *in der Vorstellungswelt der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung als Produzent, als Leiter und Gestalter einer sozialistisch organisierten Gesellschaft keinen Platz hatte* – so Peter v. Oertzen 1984 – *könnte die industrielle Gesellschaft* – nun in den Worten Camus - *dann den Weg zu einer Kultur bahnen, wenn sie dem Arbeiter seine Würde als Schöpfer zurückgibt, d.h. wenn sie sein Interesse und seine Gedanken ebenso auf die Arbeit wie auf ihr Produkt lenkt.*

Verwendete Literatur:

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über uns werben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1979): Vom Leben des Geistes,, München-Zürich
- (1994): Über die Revolution, München-Zürich
 - (2003): Denktagebuch (Hgg. von U. Ludz und I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Bergmann, G.; Daub, J.; Özdemir, F. (Hg.) (2019): Wirtschaft demokratisch. Teilhabe, Mitwirkung, Mitverantwortung. Göttingen
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Brie, M. (2015): Wie der Sozialismus praktisch wurde. Robert Owen – Reformier, Visionär, Experimentator, Berlin
- (2017): Die Spuren Robert Owens und der Owenisten im Werk von Marx und Engels. Eine Skizze, in: Marx, Engels und utopische Sozialisten, Neue Folge 2016/17, Hamburg, S. 93-131
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als das Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167-186
- Camus, A. (2011): Der Mythos des Sisyphos, (13. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage, Französische Erstauflage 1951) Reinbek bei Hamburg
 - Castoriadis, C. (1984): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt am Main

- Emmerich, S. (2019): Soziokratie Workshop. Durchgeführt auf der Tagung Wirtschaft demokratisch – 5. Tagung der Universität Siegen, 03. 07. 2019, Soziokratie und Mitgestaltung, Protokoll auf Basis einer Mitschrift
- ,FNPA (2018): „Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation – Erfahrungen aus der Schweiz“ – Kurzprotokoll zur FNPA-Veranstaltung 07./08. 09. 2018, www.fnpa.eu
- Foucault, M. (1971): Die Ordnung der Dinge, Frankfurt am Main
- Gabriel, W. (2015): Warum es die Welt nicht gibt, Berlin
- Georg, A.; Guhlemann, K.; Peter, G. (Hg.) (2020): Arbeit 4.0. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft, Hamburg
- Gotto, B. (2019): Erinnerungskulturen sozialer Demokratie. Ein schöngeredeter Misserfolg? Erinnerungen an das 1976er Mitbestimmungsgesetz. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“, Düsseldorf, hbs.de
- Heil, R.; Hetzel, A. (2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hirschman, A. O. (1980): Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt am Main
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2018): Betriebsratshandeln zwischen Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen, Düsseldorf
- Krippendorf, E. (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- Lehndorff, S. (2012): „Besser statt billiger“: Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn, in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Martens, H. (1985): Belegschaftsinitiativen zur Fortführung von Betrieben. Eine Herausforderung für gewerkschaftliche und sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, in: Fricke, W. u.a. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein Westfalen, Bonn 1985, S. 369 - 385
- (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2014): Denis Diderot und das vergessene Erbe der Aufklärung. Die Radikale Aufklärung als Inspiration und Warnung angesichts der Träume der westlichen Zivilisation, www.drhelmutmartens.de
 - Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
 - (2018): Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback. Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung, www.drhelmutmartens.de
 - (2019): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: SPW Heft 230, 1/2019, S.63-71
 - (2020a) Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
 - (2020b): Metamorphosen der Arbeitswelt in Zeiten epochaler Umbrüche? Leistungen und Grenzen makrologischer wissenschaftlicher Analysen (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- Martens, H.; Scholz, D. (2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.fnpa.eu
- Marti-Brander, U. (2018): Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im Bürgerlichen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg
- Mason, Paul (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin, Suhrkamp
- Negt. O.; Kluge, A. (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main
- Oertzen, P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg

- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. Verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016
- Safranski, R. (1993): Wie viel Wahrheit braucht der Mensch? Über das Denk- und das Lebbare, Frankfurt am Main
- (1999): Das Böse oder das Drama der Freiheit, Frankfurt am Main
- Schirrmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schmidt, A. 1977): Drei Studien über Materialismus, München, Wien
- Sennett, R. (2014): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Frankfurt am Main
- Smith, A. (2012): Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, übers. Von Monika Streissler, hgg. von Erich Streissler, Tübingen
- Spieler, W. (2007): Die Kooperative Mondragon – Beispiel einer Unternehmensdemokratie, in: Neue Wege 11/2007, 316ff
- (o. J.): Genossenschaftlicher ‚Member Value‘ statt kapitalistischer ‚Shareholder Value‘ (zugänglich geworden im Zuge der Vorbereitung des FNPA-Workshops 2018 (a.a. O.))
- Thompson, E.P. (1980): Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt am Main
- Vester, M. (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848, Frankfurt am Main
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wiethold, F. (2019): Wirtschaftsdemokratie gegen den Strich gebürstet, in: SPW 5/2019, S. 62-69
- Wirtschaft demokratisch – 5. Tagung der Universität Siegen, 03. 07. 2019, Soziokratie und Mitgestaltung, Protokoll auf Basis einer Mitschrift
- Wolf, F. O. (2002): Radikale Philosophie, Münster
- (2020): Probleme der konkreten Analyse der konkreten Situation. Ein Re-Orientierungsversuch (Manuskript)
- Wuhrer, P. (2017): Kooperative Monragon: Solidarisch, groß und ziemlich krisenfest, in: OXL, Januar 2017
- Zinn, K.G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg